

Gemeinsame Stellungnahme der AG78, des Jugendbeirates Falkensee, des Kinder- und Jugendparlamentes Rathenow und des Jugendforums Falkensee zur aktuellen Haushaltssituation im Landkreis Havelland und den Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe

Mit großer Sorge nehmen wir die jüngsten Entwicklungen im Haushalt des Landkreises Havelland zur Kenntnis, insbesondere die verhängte Haushaltssperre und deren Auswirkungen auf den Sozialbereich. Diese Entscheidung - so nachvollziehbar sie aus haushaltspolitischer Sicht erscheinen mag - birgt erhebliche Risiken für die Zukunft unserer Region, insbesondere im Hinblick auf Kinder und Jugendliche.

Die gestiegenen Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe spiegeln nicht nur die erhöhten Bedarfe wider, sondern sind auch Ausdruck einer stetig wachsenden Verantwortung, der wir als Gesellschaft gegenüber unseren jüngsten und verletzlichsten Mitgliedern nachkommen müssen. Es ist schwer zu bestreiten, dass Präventionsmaßnahmen entscheidend sind, um langfristige Probleme zu verhindern oder bereits im Frühstadium zu erkennen und zu bearbeiten. Wer heute an der Prävention spart, muss morgen mit deutlich höheren Kosten für Interventionen rechnen – sei es durch verstärkte Unterstützung in Krisenfällen, höhere Ausgaben im Gesundheitssystem oder durch den Anstieg von gesellschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit.

Prävention und Kooperation werden in Deutschland häufig als sogenannte freiwillige Aufgaben eingestuft, die für Kommunen nicht verpflichtend seien und daher bei schlechter Haushaltslage zuerst infrage gestellt werden. Der Gesetzgeber hat im § 79 SGB VIII allerdings unmissverständlich festgelegt, dass „von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln ein angemessener Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden“ ist. Diese Vorgabe ist kein unverbindlicher Vorschlag, sondern eine bindende Verpflichtung. Wenn die Ausgaben in den Hilfebereichen steigen, müssen die Mittel für die Jugendarbeit nicht gesperrt, sondern erhöht werden!

Leider sind diese Leistungen oft unzureichend mit individuellen einklagbaren Rechtsansprüchen hinterlegt, was ihnen insbesondere bei Haushaltsverhandlungen eine schwache Position verleiht. Lassen Sie uns nicht den Fehler machen, den Brandschutz in den Nachbarhäusern zu deinstallieren, um damit unser brennendes Haus zu löschen. Ein solcher Schritt würde nicht nur das aktuelle Feuer kaum eindämmen, sondern einen unkontrollierbaren Flächenbrand verursachen. Genauso verhält es sich mit der Kinder- und Jugendhilfe: Wer heute die Prävention schwächt, zündet damit die sozialen Probleme von morgen an.

Durch die akute Haushaltssperre könnten beispielsweise die geplanten Ferienfreizeiten für die Herbstferien 2024 nicht realisiert werden, da die notwendigen Mittel eingefroren sind. Obwohl die Einsparungen nur einen niedrigen Betrag ausmachen, sind die langfristigen negativen Folgen für die betroffenen Kinder erheblich. Ohne pädagogisch wertvolle Angebote besteht ein erhöhtes Risiko für soziale Isolation und übermäßigen Konsum digitaler Medien. Ein weiteres Beispiel betrifft die Gefährdung der Durchführung geplanter Cannabis-Präventionsprojekte in den kommenden Wochen. Gerade jetzt nach der Legalisierung ist die Notwendigkeit solcher Projekte größer denn je. Was würde wirklich gespart, wenn wenige hundert Euro für diese Präventionsmaßnahmen jetzt in der Kasse des Landkreises bleiben, um damit ein Millionendefizit bekämpfen zu wollen?

Es ist in der aktuellen Situation von entscheidender Bedeutung, die Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit nach §§11, 13 und 14 SGB VIII nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern weiter zu stärken. Investitionen in Präventionsprojekte wirken sich langfristig positiv auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus und tragen zur sozialen Stabilität bei. Fachpublikationen* unterstreichen, dass frühzeitige Unterstützung und Interventionen nicht nur das individuelle Wohl der Betroffenen fördern, sondern auch erhebliche volkswirtschaftliche Einsparungen generieren.

Wir appellieren eindringlich an die Verantwortlichen im Landkreis Havelland, ihre Entscheidung zu überdenken und die Haushaltssperre im Bereich der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit/Jugendförderung sofort aufzuheben. Das langfristige Wohl der Kinder und Jugendlichen, die (noch) nicht von Hilfen betroffen sind, wiegt schwerer als eine kurzfristige Haushaltsschieflage. Nur durch eine vorausschauende und verantwortungsbewusste Finanzpolitik können wir sicherstellen, dass die Kinder und Jugendlichen im Landkreis Havelland auch weiterhin die Unterstützung und Förderung erhalten, die sie für eine positive Zukunft zwingend benötigen und dadurch die Kosten für die Hilfen in den kommenden Jahren im Rahmen bleiben.

Havelland, den 9.9.2024

Tilo Windt

Sprecher der AG78 „Kinder- und Jugendarbeit“

Kinder- und Jugendbeauftragter der Stadt Rathenow

tilo.windt@stadt-rathenow.de

Johanna Roth

Vorsitzende des Jugendbeirates Falkensee

info@jugendbeiratfalkensee.eu

Masa Shalati & Dennis Driebusch

Vorstand Kinder- und Jugendparlament Rathenow

kijupa.rathenow@gmail.com

Charlotte Lang & Marius Miethig

Koordination Jugendforum Falkensee

info@jugendforum-fks.de

***Links zu Publikationen zur Vertiefung:**

[https://www.liga-rlp.de/wp-content/uploads/2022/04/NRW - Soziale Praevention - Bilanzierung Sozialer Folgekosten - Prognos-Studie.pdf](https://www.liga-rlp.de/wp-content/uploads/2022/04/NRW_-_Soziale_Praevention_-_Bilanzierung_Sozialer_Folgekosten_-_Prognos-Studie.pdf)

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/77_Kein_Kind_zuruecklassen/KeKiz_WB11_orange_final.pdf

https://www.fruehehilfen.de/fileadmin/user_upload/fruehehilfen.de/pdf/Publikation_Werkbuch_Praeventionskette.pdf